



Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) 19. Juni 2023*

Spanien stellt Prioritäten für die kommende EU-Ratspräsidentschaft vor

Die spanische EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli beginnt und bis Ende 2023 dauern wird, hat am Donnerstag, den 15. Juni, ihre Website eröffnet und ihre Prioritäten vorgestellt, die unter fünf Überschriften stehen werden: - Reindustrialisierung Europas und Gewährleistung seiner offenen strategischen Autonomie; - Anpassung und Übergang zum digitalen und ökologischen Wandel; - Bewältigung des Klima- und Umweltnotstands; - Konsolidierung des sozialen Pfeilers, mehr soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit; und - Stärkung der europäischen Einheit. Im Bereich der Steuern wird sie sich für die Einführung gemeinsamer Mindeststandards für die Unternehmensbesteuerung in allen Mitgliedstaaten einsetzen und die Steuerhinterziehung durch große multinationale Unternehmen bekämpfen".

EU-Kommission veröffentlicht Richtlinienvorschlag für ein EU-weites Quellensteuerverfahren (FASTER)

Die Europäische Kommission hat am Montag, den 19. Juni, ihren Vorschlag für schnellere und sicherere Quellensteuerverfahren in der EU (FASTER) vorgelegt. Der Vorschlag wurde ursprünglich für den 28. Juni erwartet, wurde aber wie andere Steuervorschläge von der vorläufigen Tagesordnung der Kommission gestrichen. Die Probleme, die die Kommission mit dieser Initiative angehen will, sind die besonders aufwändigen Quellensteuererstattungsverfahren für grenzüberschreitend tätige Anleger in der EU und gleichzeitig die Risiken, die sie in Bezug auf Steuermisbrauch darstellen, wie der "Cum-Ex"-Skandal gezeigt hat. Durchgesickerte Informationen in den Tax Notes deuten darauf hin, dass der Vorschlag den Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben wird, zwischen einem System der Quellensteuererleichterung und einem System der schnellen Erstattung innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens zu wählen. Die Mitgliedstaaten könnten selbst entscheiden, welches System sie anwenden wollen, solange eines eingeführt wird, und sie könnten frei entscheiden, ob sie die Aufgaben an einen Beauftragten für Quellensteuer auslagern wollen. Die Mitgliedstaaten könnten sich auch auf eine vorgeschlagene digitale Bescheinigung über den steuerlichen Wohnsitz des Steuerpflichtigen in der EU oder einen Wohnsitznachweis aus einem Nicht-EU-Land stützen. Um in den Genuss der Steuererleichterung an der Quelle oder der schnellen Erstattung zu kommen, müssen die Anleger Berichten zufolge mit "zertifizierten Finanzintermediären" zusammenarbeiten, die in ein nationales Register aufgenommen werden, das die Mitgliedstaaten einrichten müssen.

EU-Finanzminister erörtern ViDA-Paket (Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter) in öffentlicher Sitzung des ECOFIN-Rats

Die EU-Finanzminister erörterten am Freitag, den 16. Juni, das im Dezember 2022 vorgelegte Legislativpaket zur Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter in einer öffentlichen Sitzung des Ecofin-Rates. Die Minister waren aufgefordert, ihre Meinung zu den drei folgenden Fragen zu äußern: - Ist es notwendig, der Fragmentierung des Binnenmarktes entgegenzuwirken und einen kohärenten Melderahmen auf der Grundlage der elektronischen Rechnungsstellung für innergemeinschaftliche und inländische Umsätze zu schaffen? - Sollten Plattformen bei der Erhebung der Mehrwertsteuer in den Bereichen kurzfristige Beherbergung und Personenbeförderung eine größere Rolle spielen, um für mehr Einfachheit, bessere Einhaltung der Vorschriften und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen? - Sollten das Konzept der einzigen Anlaufstelle und die Umkehrung der Steuerschuldnerschaft verbessert werden, damit Unternehmen, die im Binnenmarkt tätig sind, nicht mehr mehrfach für die Mehrwertsteuer registriert werden müssen? Insgesamt erkannten die Minister an, dass ein einheitlicher, kohärenter und harmonisierter Rahmen für die elektronische Rechnungsstellung bei Transaktionen innerhalb der EU erforderlich ist, wiesen jedoch darauf hin, wie wichtig es ist, die bestehenden effizienten nationalen Systeme für die elektronische Rechnungsstellung beizubehalten und die Auswirkungen für die Steuerzahler zu berücksichtigen. In der Debatte wurde auch mehrfach darauf hingewiesen, dass den Steuerbehörden ausreichend Zeit für die Umsetzung der neuen Vorschriften eingeräumt und dem Datenschutz besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Der Vorschlag der Kommission zu kurzfristigen Unterkünften und zur Personenbeförderung hat ebenfalls einige Kritik und Bedenken hervorgerufen, insbesondere hinsichtlich der möglichen negativen Auswirkungen auf die Tourismusbranche. Spanien erklärte, es werde die Arbeiten fortsetzen, um noch vor Ende seiner sechsmonatigen EU-Ratspräsidentschaft eine Einigung zu erzielen.

EU-Kommission führt öffentliche Konsultation zur Einführung der CBAM-Meldepflicht (Europäisches CO2-Grenzausgleichssystem) durch

Die Europäische Kommission hat am Dienstag, den 13. Juni, eine öffentliche Konsultation zu ihrer künftigen Durchführungsverordnung eröffnet, in der die Berichterstattungspflichten für Importeure im Rahmen des Mechanismus zur Anpassung der Kohlenstoffgrenzwerte (CBAM) im Einzelnen festgelegt sind. Der Mechanismus soll am 1. Oktober in Kraft treten und in seiner Übergangsphase bis zum 31. Dezember 2025 gelten. Während dieses Zeitraums müssen die Unternehmen die Emissionen ihrer unter den CBAM fallenden Importe angeben. Die Durchführungsverordnung enthält nicht nur eine Methode zur Berechnung der Emissionen, die bei der Herstellung eines bestimmten Produkts entstehen, sondern auch Einzelheiten zu den Informationen, die die Wirtschaftsbeteiligten bereitstellen müssen. Die Berichterstattungspflicht für EU-Importeure umfasst unter anderem die Menge und die Art der importierten Waren sowie deren Herkunftsland, die Produktionswege und die spezifischen direkten und indirekten Emissionen. Interessierte Kreise haben bis zum 11. Juli Zeit, ihr Feedback an die Europäische Kommission zu senden.

Plenum des EU-Parlaments nimmt Initiativbericht zu den Lehren aus den Pandora-Papers an

Am Donnerstag, den 15. Juni, hat das Plenum des Europäischen Parlaments eine geänderte Fassung des Berichts des Europaabgeordneten Niels Fuglsang (S&D, Dänemark) angenommen, der Empfehlungen aus den Lehren aus den Pandora-Papieren und anderen ähnlichen Datenlecks enthält. Der Bericht enthält eine Reihe von Empfehlungen zum Schutz von Journalisten und Whistleblowern, zur Verringerung von Interessenkonflikten, zur

besseren Regulierung von Vermittlern, zur Verbesserung der Berichterstattung und des Informationsaustauschs sowie zum besseren Umgang mit Praktiken, die die Steuererhebung beeinträchtigen können, wie z.B. die Verwendung von Krypto-Vermögenswerten, goldenen Pässen, Briefkastenfirmen oder bestimmten Immobilientransaktionen. Der Bericht nimmt auch Steuerregelungen ins Visier, die darauf abzielen, ausländische Staatsangehörige und digitale Nomaden anzuziehen, und fordert, diese Regelungen zu bewerten. Eine EU-Version des britischen Systems zur Untersuchung ungeklärten Reichtums sollte ebenfalls in Betracht gezogen werden, heißt es in dem Bericht. Der endgültige Text kann hier eingesehen werden.

Mitglieder des Unterausschusses für Steuerfragen (FISC) des EU-Parlaments besuchen das Vereinigte Königreich (UK)

Abgeordnete des FISC-Unterausschusses des Europäischen Parlaments werden vom 19. bis 20. Juni 2023 nach London reisen, um mit Entscheidungsträgern und Interessenvertretern über Entwicklungen im Bereich der internationalen Besteuerung und die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in diesem Bereich zu diskutieren. Dem Programm zufolge wird die Delegation unter der Leitung des FISC-Vorsitzenden MdEP Paul Tang mit Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses, des Finanzausschusses und der parteiübergreifenden parlamentarischen Gruppe für Korruptionsbekämpfung und verantwortungsbewusste Besteuerung des Unterhauses sowie mit der britischen Finanzministerin Baroness Joanna Penn und Interessenvertretern aus der Zivilgesellschaft, Berufsverbänden und der Wissenschaft zusammentreffen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Umsetzung der internationalen Steuerreform der OECD und der G20, die Bemühungen des Vereinigten Königreichs zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -umgehung sowie die Rolle der Finanzintermediäre bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -umgehung. Darüber hinaus werden auch die Steuerpolitik im Vereinigten Königreich nach dem Brexit und die Auswirkungen auf die EU, die Verwaltungszusammenarbeit, die Transparenzregeln und die Zukunft der Finanzdienstleistungssteuern diskutiert, heißt es in einer Pressemitteilung.

OECD lanciert Peer-to-Peer Veranstaltungen zur Unterstützung der Staaten bei der Umsetzung des Zwei-Säulen-Modells

Am Dienstag, den 13. Juni, hielt das Forum on Tax Administration (FTA) Pillar Knowledge Sharing Network der OECD sein erstes virtuelles Treffen im Rahmen einer Reihe von Peer-to-Peer-Veranstaltungen zum Wissensaustausch ab, bei denen Experten aus Steuerverwaltungen in Ländern, die die Zwei-Säulen-Lösung bereits eingeführt haben, hochrangige praktische Ratschläge erteilen und Erfahrungen zu administrativen und Umsetzungsaspekten austauschen werden. Das erste Treffen, an dem mehr als 250 Delegierte aus über 70 Ländern und Gerichtsbarkeiten teilnahmen, befasste sich mit der Frage, wie Beamte in den Bereichen Politik, Betrieb und Technologie arbeiten, um sich auf die notwendigen Veränderungen vorzubereiten und diese umzusetzen, so die OECD in einer Pressemitteilung. Weitere Treffen werden im Laufe des Jahres stattfinden. Das neue Pillar Knowledge Sharing Network wird die umfassendere Strategie der OECD zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Umsetzung von Pillar One und Pillar Two durch ein vielseitiges Programm ergänzen, das Schulungen, Beratung und praktische Einsätze in den Ländern umfasst, erklärte die OECD.

Erinnerung: ETAF-Konferenz zu SAFE am 28 Juni



SAVE THE DATE

28 June 2023

ETAF Conference

**Unpacking the SAFE proposal:
what tax professions shall expect**

14:00 - 16:00 CET

@ Stanhope Hotel,
Rue du Commerce 9, 1000 Brussels

In June 2023, the European Commission plans to present a proposal for a Directive "to tackle the role of enablers that facilitate tax evasion and aggressive tax planning in the European Union" (Securing the Activity Framework for Enablers – SAFE).

Aggressive tax planning is often referred to as a "grey zone". Its definition is one of the core challenges and remains problematic as every taxpayer has the right to choose the least taxed route.

The Commission intends to propose "clear and objective" criteria for defining forms of aggressive tax planning that shall be prohibited. These criteria will be the centrepiece of the SAFE proposal.

In this context, ETAF would like to discuss with tax professionals, EU representatives and academics what constitutes aggressive tax planning from their point of view and how the Commission intends to define it without deterring legitimate tax planning and interfering with the work of law-abiding tax advisers.

SPEAKERS TO BE ANNOUNCED SOON

Simultaneous interpretation EN-FR-DE-RO
The conference will be livestreamed on ETAF website and social media

European Tax Adviser Federation AISBL – ETAF
Rue Montoyer 25, 1000 Brussels | Belgium
Phone: +32 2 2350-105 | email: info@etaf.tax | www.etaf.tax

Registrierung: <https://sweapevent.com/ETAFConference28June>

Haftungsausschluss

Der Newsletter enthält Informationen über europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)